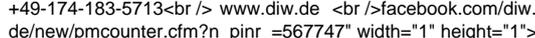




Binnenwirtschaft treibt deutsche Konjunktur kräftig an

Binnenwirtschaft treibt deutsche Konjunktur kräftig an
Bruttoinlandsprodukt steigt laut DIW-Prognose 2014 um 1,8 Prozent und 2015 um zwei Prozent - Stabiler Arbeitsmarkt, steigende Löhne und niedrige Inflation stützen privaten Konsum - Öffentliche Haushalte in beiden Jahren mit Überschüssen
Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Aufschwung fort: Dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,8 Prozent und im kommenden Jahr um 2,0 Prozent steigen. Zunehmend trägt die binnenwirtschaftliche Entwicklung das Wachstum: Ein stabiler Arbeitsmarkt und merkliche Einkommenszuwächse, verbunden mit einer niedrigen Inflation, begünstigen den kräftigen Aufschwung des privaten Konsums, in dessen Umfeld die Importe deutlich zulegen. Auch die Exporte werden im Jahresverlauf im Zuge einer beschleunigten weltwirtschaftlichen Entwicklung wieder anziehen. Die Investitionen werden sich allerdings eher moderat entwickeln und die Investitionstätigkeit bleibt gemessen am Produktionsniveau recht niedrig. Günstig bleibt die Situation der öffentlichen Haushalte, die sowohl in diesem als auch im nächsten Jahr mit Überschüssen abschließen werden, trotz deutlicher Mehrausgaben.
Euroraum erholt sich weiter, aber mit gebremstem Tempo
Die Weltwirtschaft hat zum Jahresauftakt eine Verschnaufpause eingelegt. Dabei sind nicht nur die Schwellenländer schwächer gewachsen; so waren in China die Zuwächse vergleichsweise gering und in Russland ließen die Auswirkungen der Krise in der Ukraine die Wirtschaftsleistung sogar zurückgehen. Auch die Industrieländer haben an Schwung verloren, allen voran die USA, wo der außergewöhnlich kalte Winter zu einem deutlichen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal geführt hat. Die grundsätzliche Aufwärtsdynamik der US-Wirtschaft bleibt jedoch intakt, sodass das Produktionsniveau in den USA dank einer robusten Entwicklung des privaten Konsums und aufgrund von Nachholeffekten im weiteren Jahresverlauf wieder kräftig zulegen wird.
Im Euroraum erholt sich die Wirtschaft weiter, allerdings ging der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal spärlich zurück. Vor allem war das Wachstum in den Mitgliedsländern sehr heterogen: So stagnierte in Frankreich und Italien das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2014, während die Wirtschaftsleistung Spaniens stärker als in den vergangenen sechs Jahren zulegte. Insgesamt bleibt die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum zwar aufwärtsgerichtet, kräftig ist die Dynamik aber nicht: Vielerorts belasten weiterhin die schwachen Banken, hohe fiskalische Defizite und unsichere wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen die konjunkturelle Entwicklung; auch eine Verschärfung der Krise am Finanzmarkt und damit einhergehend Wachstumseinbußen können noch nicht ausgeschlossen werden.
Günstige Arbeitsmarktentwicklung in Deutschland hält trotz politischer Eingriffe
Die deutsche Wirtschaft unterbricht ihren Aufwärtstrend nach dem kräftigen Jahresauftakt nur vorübergehend und infolge von Sondereffekten: Weil die Bautätigkeit vom milden Winter profitiert hat, fällt die übliche Frühjahrsbelegung im Bausektor aus. Vor allem deshalb nimmt das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal um lediglich 0,2 Prozent zu. Der Stützpfiler der Konjunktur ist die Binnenwirtschaft: Hohe Lohnabschlüsse tragen den privaten Konsum, die Reallohne - also die Lohnsteigerungen unter Berücksichtigung der Inflation - steigen so stark wie seit der deutschen Wiedervereinigung nicht mehr.
Auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig. Der Beschäftigungsaufbau setzt sich im Prognosezeitraum bis Ende 2015 fort, verliert allerdings an Tempo. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, sie wird 2014 um 70.000 Personen auf 2,88 Millionen sinken und 2015 um weitere 50.000 auf 2,83 Millionen. Die Arbeitslosenquote wird in beiden Jahren leicht sinken, auf 6,6 Prozent in diesem Jahr und auf 6,5 Prozent im Jahr 2015. Dabei spielen auch politische Interventionen eine Rolle: Die „Rente mit 63“ führt dazu, dass ab Mitte des laufenden Jahres viele Menschen frühzeitig aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, in diesem Jahr knapp 45.000 Personen und im kommenden Jahr etwa 60.000 Personen. Für das kommende Jahr sind infolge der Einführung des allgemeinen Mindestlohns Beschäftigungsverluste zu erwarten; wie viele Jobs verloren gehen, lässt sich allerdings kaum abschätzen.
Haushaltsüberschuss steigt
Die Finanzlage des Staates ist entspannt und wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern, obwohl die Ausgaben deutlich steigen. So schlagen mit der Leistungsausweitung bei der Mütterrente und der Einführung der „Rente mit 63“ deutlich höhere Ausgaben der Rentenversicherung zu Buche. Auch die Sachkäufe des Staates und die Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte steigen kräftig. Zudem wird der Staat vermehrt Gelder für Investitionen bereitstellen. Kräftiger noch als die Ausgaben steigen die Einnahmen. Getragen von der Beschäftigungs- und Lohnentwicklung expandieren die Lohnsteuer und die Einnahmen aus Sozialbeiträgen; das zunehmend durch die Binnennachfrage getragene Wirtschaftswachstum lässt auch die Mehrwertsteuereinnahmen deutlich steigen. Alles in allem dürfte der öffentliche Gesamthaushalt in diesem Jahr mit einem Überschuss von 0,2 Prozent und im kommenden Jahr mit einem Überschuss von 0,7 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt abschließen.
KURZ GESAGT
Marcel Fratzscher (Präsident des DIW Berlin): „Die deutsche Wirtschaft ist weiterhin robust, wogegen sich die Wirtschaft im Euroraum nur schleppend erholt. Die Risiken für die Konjunktur in Deutschland und Europa sind hoch. Bankenprobleme, die hohe Verschuldung von Unternehmen und Staaten in manchen Teilen des Euroraums und der zunehmende Deflationsdruck könnten zu einem Bremsklotz für die Wirtschaft im Euroraum werden.“
Ferdinand Fichtner (Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik): „Es sieht gut aus für die deutsche Wirtschaft und es geht nach unserer Prognose weiter aufwärts, auch wenn das zweite Quartal ein bisschen schwächer ausfallen wird. Auch die Weltwirtschaft wird nach einem eher mauen Jahresauftakt wieder in die Gänge kommen und für steigende deutsche Exporte sorgen.“
Simon Junker (Deutschlandexperte): „Der private Konsum wird kräftig zum Wachstum der deutschen Wirtschaft beitragen, dank einer Kombination aus einem stabilen Arbeitsmarkt, merklichen Einkommenszuwächsen und niedrigen Inflationsraten. Die Reallohnentwicklung ist derzeit die kräftigste seit der deutschen Wiedervereinigung.“
Kristina van Deuverden (Finanzexpertin): „In den kommenden zwei Jahren wird der Haushaltsüberschuss dank kräftig sprudelnder Einnahmen deutlich zunehmen. Das ist erstmal gut. Dabei darf aber zweierlei nicht übersehen werden: Zum einen bestehen erhebliche Risiken für den Bundeshaushalt. Zum anderen könnte die Entwicklung noch deutlich positiver sein, wenn nicht auch der Kurs bei den konsumtiven Ausgaben gelockert worden wäre.“
Die Weiterverwertung des oben angezeigten Bildmaterials durch Redaktionen und Medien ist nicht gestattet.
Pressestelle
Renate Bogdanovic
Sabine Fiedler
Sebastian Kollmann
presse@diw.de
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Telefon: +49-30-897 89-249, -252 oder -250
Telefax: +49-30-897 89-200
Mobil +49-174-319-3131
Mobil +49-174-183-5713
www.diw.de
facebook.com/diw.de
twitter.com/DIW_Berlin


Pressekontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Firmenkontakt

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW Berlin

10117 Berlin

Das DIW Berlin ist das größte Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Es ist als unabhängiges Institut ausschließlich gemeinnützigen Zwecken verpflichtet und betreibt Grundlagenforschung und wirtschaftspolitische Beratung. 1925 wurde das DIW Berlin als Institut für Konjunkturforschung gegründet und erhielt einige Jahre später seinen heutigen Namen. Den Sitz hat es seit seiner Gründung in Berlin.